Einzelnummer 120 Mark

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 1400.— und Bestellgebühr. Auslandsversand: monatlich M. 6000.— einschl. Drucksachen-Porto. — Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8, Fernsprecher 17061—17062. Anzeigen- u. Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse 8, allen Filialen, sowie in Berlin, Rheinhaus.

Anzeigenpreis: für die Gesamt-(Stadt-u. Fern-)Auflage: die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 100.—, für ausw. Inserent. M. 180.—, Sonderpreise: Familienanz. u. Privatanz. die mm-Zeile M. 20.—, Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 30.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 40.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppel-mm-Zeile M. 200.—, für ausw. M. 360.—, Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 500.—, für ausländische M. 800.—, Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 5004. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Im Rheinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 3605—3663.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 30 — Sonntag, den 4. Februar 1923 — 117. Jahrgang

Keine Knechtschaft!

Von **Gustav Schneider** (Berlin) M. d. Reichswirtschaftsrats, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA).

Der Einmarsch der Franzosen in das friedliche und arbeitsame Ruhrgebiet ist wie ein reinigendes Gewitter durch das deutsche Volk gegangen. Abgesehen von den Extremen in den Flügelgruppen, ist allen Parteianschauungen zum Bewußtsein gekommen, daß alles Trennende zurücktreten hat, wenn der Feind im Lande steht. Es hat lange gedauert, ehe diese Einsicht kam, und es hat dieses gewalttätigen Druckes der Franzosen bedurft, um sie in aktive Handlungen umzusetzen. Gerade die Langsamkeit der Entwicklung aber bietet die Gewähr, daß es sich nicht um hell loderndes Strohfeuer handelt, sondern um die tiefste Erschütterung des Vaterlandsgedankens.

Gerade in dieser Zeit ist es angebracht, an die Worte eines großen Franzosen zu erinnern, der als erstes Opfer des Weltkrieges von französischer Mörderhand fiel. Jean Jaurès schreibt in seinem Buche „Vaterland und Proletariat" (Verlag Eugen Diederich, Jena):

„Das Vaterland ist keine überlebte Idee; der Vaterlandsgedanke verändert und vertieft sich. Ich bin immer überzeugt gewesen, daß das Proletariat in seinem innersten Wesen keiner Lehre des nationalen Verzichts, der nationalen Knechtschaft zustimmen kann. Sich gegen den Despotismus der Könige, gegen die Tyrannei der Herrenklasse und des Kapitals empören und sich dabei widerstandslos das Joch der Eroberung, die Herrschaft eines fremden Militarismus auferlegen lassen: das ist ein so kindisch-kläglicher Widerspruch, daß ihn beim ersten Alarm alle Kräfte des Instinkts und der Vernunft hinwegfegen müßten."

Der französische Sozialist hat sich als Prophet erwiesen. In dem Augenblick, in dem sich der französische Militarismus eroberungslüstern auf das Ruhrgebiet stürzt, steht nicht nur das gesamte Proletariat, sondern das ganze Volk zu geschlossenem und entschlossenem Abwehrkampfe bereit. Alle Kräfte des Instinktes und der Vernunft sind entfesselt gegen das Joch der Eroberung und der Herrschaft eines fremden Militarismus.

Der mit den modernsten Kriegswerkzeugen ausgerüstete Militarismus stößt auf eine Masse, die keine anderen Waffen besitzt, als ihre Organisation und den festen Willen, Recht und Freiheit zu verteidigen. Wiederum zeigt es sich, welchen staatserhaltenden Wert die Gewerkschaften der Angestellten, Arbeiter und Beamten besitzen. Ohne Zaudern haben die Führer der Gewerkschaften im besetzten Gebiet den Abwehrkampf organisiert, und die organisierten Arbeitnehmer haben sich rückhaltlos hinter ihre Führer gestellt. Sogar das im Ruhrgebiet besonders starke Mißtrauen gegen das Unternehmertum ist völlig zurückgedrängt von dem Gedanken der Volkseinheit. Ganz im Sinne Jaurès' wenden sich die deutschen Arbeitnehmer gegen die kindisch-klägliche Vorstellung des französischen Militarismus, daß sie sich jemals fremden Eroberern, dem Joch der Fremdherrschaft beugen werden.

Die vaterländische Einstellung und der feste Wille der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist untadelig. Zwei Gefahren aber lauern im Hintergrunde: der Hunger und der Hurrapatriotismus. Die Landwirtschaft wird ihren oft ausgesprochenen Opferwillen jetzt zu beweisen haben. In der Ablieferung und in der Preisgestaltung! Zugestanden sei, daß die Landwirtschaft in der Preisgestaltung nicht unabhängig von der Preisbildung der andern Waren ist. In der Ablieferung aber ist sie unabhängig und kann und muß die Zurückhaltung von Nahrungsmitteln zum Zwecke spekulativer Ausnutzung der „Konjunktur" verhindern. Bei der straffen Organisation und der musterhaften Disziplin der Landwirtschaft wird es ihr ein leichtes sein, die räudigen Schafe zu anständigem Handeln zu veranlassen. Höchstpreisfestsetzung, Wucherverordnungen und gesetzliche Strafen sind unwirksame Mittel, das hat eine lange Kriegserfahrung gezeigt. Die Achtung durch die eigenen Standesgenossen aber wird ihren erzieherischen Zweck nicht verfehlen. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes steht in der Front; es muß dafür gesorgt werden, daß ihre Kampfkraft nicht durch eine gewinnsüchtige und gefräßige Etappe geschwächt wird.

Im besetzten Gebiet selbst, noch mehr aber im unbesetzten, gewinnt man den Eindruck, als ob die Vorgänge viel zu leicht genommen werden. Mit aller Deutlichkeit sei daher ausgesprochen: es gilt einen langen, zähen und erbitterten Kampf. Mit dem Singen vaterländischer Lieder — so berechtigt und schön sie als Bekenntnis zum Vaterlande sind — ist dieser Kampf nicht zu gewinnen. Auch wenn man innerlich seine Freude an diesen Gefühlsausbrüchen hat, kann man sich der Sorge nicht entschlagen, daß viele, allzu viele darin schon eine vaterländische „Tat" sehen. Ganz abgesehen davon, daß manche der gesungenen Lieder bei dem heutigen Zustande Deutschlands mehr wie Ironie wirken und einen allzu großen Mangel an politischem Blick zeigen. Bedenklicher ist, daß der vaterländische Schwung, der jetzt durch ganz Deutschland geht, in eine falsche Richtung gelenkt wird, die in bitterer Enttäuschung enden muß.

So widerspruchsvoll es klingen mag: Unsere beste Waffe ist die Waffenlosigkeit! Ratlos steht der französische Militarismus vor dem entschlossenen Widerstande der waffenlosen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Welche Erlösung für ihn, wenn er Gelegenheit fände, die Maschinengewehre sprechen zu lassen. Wollen und dürfen wir den französischen Gewaltmenschen in die Hände arbeiten?

Der hohe vaterländische Geist, der sich in der Bereitschaft zur Hingabe des kostbarsten Gutes, des Lebens, äußert, soll und darf nicht verkleinert werden. Aber liegt in dem stillen, zähen, nervenzermürbenden Kampfe der Bevölkerung des besetzten Gebietes nicht die gleiche Hingabe, der gleiche Heroismus? O, wieviel Heldenhaftigkeit entwickeln doch jene Männer und Frauen, die das Zucken ihrer erbitterten Herzen mit der Klugheit politischen Denkens zügeln. Was ist dem einfachen Gemüte einleuchtender, verständlicher, als der rohen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen? Aber die politische Klugheit wird antworten, daß man die wertvollsten deutschen Provinzen nicht den Verwüstungen eines ungleichen Kampfes aussetzen darf. Der französische Militarismus ist auf dem Sprunge, die Kriegsfackel in das gequälte Europa hineinzuwerfen; wir dürfen ihm nicht Helfersdienste leisten.

Krieg um des Krieges willen ist dumm. Klar muß jetzt vor aller Augen stehen, daß Deutschlands Schicksalsstunde geschlagen hat. Die Befreiung Deutschlands ist das Ziel! Daher dürfen nur solche Kampfesmittel gewählt werden, die diesem Ziele dienen. Bändigt eure heißen Herzen, beißt die Zähne zusammen! Redet wenig, aber handelt! Vor allem aber gliedert euch ein in den Rhythmus der Volkseinheit. Die jetzt gefundene Einheit darf kein kurzer Rausch bleiben. Sie muß standhalten in aller Bedrängnis und schwerer Not, die noch über uns kommen werden. Wir sind erst in den Anfängen. Täuschen wir uns nicht über die Zähigkeit und Ausdauer des Feindes. Erfolg können wir nur haben, wenn wir zäher und ausdauernder und — wenn wir einig sind.

Der Kampf wird auch ohne Waffengewalt schwer und erbittert sein. Den Kampfgewohnheiten der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten hätte es entsprochen, den bewaffneten Einbruch der Franzosen mit dem Generalstreik zu beantworten. Sie haben, dem Rate ihrer Führer folgend, darauf verzichtet. Die Gewerkschaften aller Richtungen sind sich einig, daß die Kräfte gespart werden müssen. Sie sind sich auch darin einig, daß ihre Mitglieder nicht zur Sklavenarbeit gezwungen, nicht in die Knechtschaft geführt werden dürfen. Der Kampf um Deutschlands Freiheit ist auch ihr Kampf. Die Lockungen Frankreichs, an denen es ebensowenig fehlt, wie an Drohungen, werden ihr Bekenntnis zum Vaterlandsgedanken nicht erschüttern. Aus dieser vaterländischen Einstellung heraus mahnen sie zu Ruhe, Besonnenheit, Kaltblütigkeit; straffste Disziplin, Selbstbeherrschung, Manneszucht ist höchste vaterländische Pflicht. Sich durch nichts hinreißen zu lassen, um den Franzosen den erwünschten Anlaß zu einem Blutbade zu geben. Menschenleben gelten den Franzosen nicht viel, wie die höhnischen Antworten Poincarés auf die Anklagenoten der Reichsregierung beweisen. Gerade darum: kaltes Blut! Der Hohn wird dann auf den Verhöhner zurückfallen.

Es ist der Kampf um Recht und Freiheit, den wir kämpfen. Nicht nur für uns, nein, für die Menschheit. Trotzdem, wir stehen allein! Die anderen sehen tatenlos zu. Nicht teilnahmslos. Fehlt ihnen die Kraft der Ideale? Fast scheint es so. Nun, so wollen wir Deutschen zeigen, daß wir trotz aller Entbehrungen und Qualen den Glauben an die Sieghaftigkeit der Gedanken des Rechtes und der Freiheit nicht verloren haben.

Deutsche Antwort an die R.-K.

Deutschland verlangt Nachprüfung seiner Leistungsfähigkeit

Berlin, 3. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Petit Parisien veröffentlicht heute morgen unter dem drei große Spalten füllenden Titel „Deutschland nimmt die Verhandlungen mit der Reparationskommission wieder auf" die überraschende Nachricht, im Pariser Hotel Astoria sei gestern eine deutsche Note angekommen, die unter Protest gegen die Wiederherstellung des Londoner Zahlungsplanes die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands verlange. Diese Note könne nur als ein Einlenken Deutschlands aufgefaßt werden.

Hierzu wird an hiesiger Stelle erklärt, daß die deutsche Regierung niemals irgendein Schriftstück an die Reparationskommission gesandt, das zu solchen Schlußfolgerungen berechtigten Anlaß hätte geben können. Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission als Antwort auf deren Ankündigung, daß der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft gesetzt werde, nur folgende Note überreichen lassen.

„Die Reparationskommission hat wegen der Einstellung der Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien eine allgemeine Verfehlung Deutschlands gegenüber diesen beiden Staaten im Sinne des § 17 des Anhanges 2 zum Teil 8 des Vertrages von Versailles festgestellt. Zugleich hat sie erklärt, daß mit der Einstellung der Leistungen an Frankreich und Belgien der Antrag der deutschen Regierung vom 14. November 1922 hinfällig geworden sei und daß deshalb alle Bestimmungen des Zahlungsplans vom 5. Mai 1922 in Kraft bleiben."

Die deutsche Regierung hat, wie sie in ihrer Note vom 13. Januar 1922 erklärt, die Leistungen an Frankreich und Belgien lediglich wegen des vertragswidrigen Einmarsches dieser beiden Mächte ins Ruhrgebiet und lediglich für die Dauer des dadurch geschaffenen vertragswidrigen Zustandes und seinen Folgen eingestellt. Sie hat dabei von einem unzweifelhaften Recht Gebrauch gemacht. Von einer Verfehlung im Sinne des § 17 kann nicht gesprochen werden. Die deutsche Regierung legt daher gegen die Feststellung einer solchen Verfehlung Verwahrung ein.

Ebenso muß die deutsche Regierung der Annahme widersprechen, daß nunmehr ihre Anträge auf Gewährung eines Zahlungsaufschubes hinfällig geworden seien. Die Reparationskommission selbst hat in ihrer Entscheidung vom 21. März 1921 festgestellt, daß die finanzielle Lage Deutschlands es der deutschen Regierung nicht ermöglichte, die Verpflichtungen für das Jahr 1922 aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 und dem Artikel 219 des Vertrages von Versailles vollständig zu erfüllen. Die Reparationskommission hat ferner in ihrer Entscheidung vom 31. August 1922 ausdrücklich anerkannt, daß das Reich jeden inneren und äußeren Kredit verloren habe und hat eine Ermäßigung der äußeren Lasten Deutschlands ins Auge gefaßt.

Sodann haben die alliierten Hauptmächte in ihren der Pariser Konferenz vorgelegten Plänen die gegenwärtige Leistungsfähigkeit Deutschlands durch anerkannt, daß sie außer einer Herabsetzung der Gesamtverpflichtungen Deutschlands aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 einen sofortigen Zahlungsaufschub für mehrere Jahre vorgesehen haben.

Inzwischen hat sich infolge der Besetzung des Ruhrgebietes die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands noch weiter verschlechtert. Die Mark ist auf ein Zehntausendstel ihres Wertes gesunken. Wenn jetzt die Reparationskommission auf den Londoner Zahlungsplan zurückgreift, so muß die deutsche Regierung darin einen Widerspruch zu der bisherigen Stellungnahme sowohl der Reparationskommission wie der alliierten Hauptmächte erblicken. Ueberdies setzt die Reparationskommission sich damit auch über Bestimmungen des Vertrages von Versailles hinweg, die das Ausmaß der Verpflichtungen Deutschlands von seiner Leistungsfähigkeit abhängig machen und seinen notwendigen Lebensbedürfnissen den Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen geben.

Nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet und der wirtschaftlichen und finanziellen Absonderung der linksrheinischen Gebiete und des Ruhrgebietes von dem übrigen deutschen Wirtschaftskörper ist die deutsche Regierung noch weniger als zuvor imstande, den Londoner Zahlungsplan zu erfüllen. Sie kann in der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. Januar keine sachliche Beantwortung ihrer Note vom 14. November 1922 erblicken, und sieht einer Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit nach Artikel 234 des Vertrages von Versailles entgegen."

Das W. T. B. bemerkt halbamtlich dazu:

„Die Pariser Presse will — offenbar auf ein gegebenes Stichwort — in der Note ein verschleiertes Verhandlungsangebot Deutschlands gegenüber Frankreich sehen und glaubt daraus die Tatsache abzuleiten, daß die deutsche Regierung mit der französischen verhandeln wolle.

Der Wortlaut der deutschen Note beweist, daß die französische Auslegung falsch ist. Im übrigen muß hervorgehoben werden, daß die Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission und nicht an die französische Regierung gerichtet ist. Die Reparationskommission stellt die Gesamtvertretung der alliierten Mächte dar. Es ist selbstverständlich, daß die regelmäßigen Verhandlungen mit ihr, die niemals abgebrochen waren, weitergeführt werden müssen."

Lahmlegung der Lothringer Hüttenindustrie

Frankfurt, 3. Februar.

Die Folgen der Ruhrbesetzung machen sich in der lothringischen Hüttenindustrie immer deutlicher bemerkbar. Eine Reihe von Hüttenwerken hat zu Arbeiterentlassungen geschritten. So die Rombacher Hütte und die Hütten im Hayinger Gebiet. Hier rechnet man sogar mit der vollständigen Einstellung der Arbeit. Andere Werke, wie die Wendelschen, haben Feierschichten eingelegt. Die Knauttinger Hütte, die bereits einen erheblichen Prozentsatz ihrer Arbeiter entlassen hat, sieht sich zu weiteren Einschränkungen des Betriebes genötigt. Von sieben Hochöfen wurden zwei ausgeblasen. Der Direktor der Algringer Grube erklärt, daß nicht allein die mangelhafte Kokszufuhr als schwere Produktionshemmung wirke, bedenklicher sei, daß mit der Ruhrbesetzung die gesamten Erzlieferungen nach Deutschland im Stocken seien.

Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg, der von den Franzosen in das unbesetzte Gebiet gebracht worden ist, erschien gestern wieder im Duisburger Rathaus, um seine Amtsgeschäfte weiterzuführen, da er die Ausweisung nicht anerkenne.

SLUB
Wir führen Wissen.